

«Marginales» Thema gibt zu reden

Geht es nach der Jungen SVP des Kantons St. Gallen, soll die Kleiderordnung in Schulen gesetzlich geregelt werden. In der Stadt gelten für Kopftücher heute schon klare Regeln. Dennoch stellen sich einige Lehrer hinter die Idee der JSVP.

SEBASTIAN SCHNEIDER

Die kantonale Jung-SVP will ein Gesetz über die Kleiderordnung an öffentlichen Schulen schaffen. Dafür plant die Jungpartei eine kantonale Volksinitiative, die das Tragen von Kopftüchern und «unziemlicher» Kleidung in der Schule regeln soll. In der Stadt St. Gallen sind Kopftücher im Schulunterricht eigentlich kein breit diskutiertes Thema. Dennoch gibt es unter Schulverantwortlichen und Bildungspolitikern ganz unterschiedliche Auffassungen darüber.

«Marginales Problem»

«Ich kann dieses Theater nicht verstehen», sagt Christian Crottogini, Leiter des städtischen

Ich kann dieses Theater nicht verstehen.

Christian Crottogini
Leiter Schulamt
der Stadt St. Gallen

Schulamts, auf die Kopftuchfrage angesprochen. In der ganzen Stadt seien es nur etwa fünf Mädchen, die ein Kopftuch tragen wollten. Das Problem sei «marginal», zumal man in St. Gallen seit mehreren Jahren ein Regelung kenne, die in den Schulen gut funktioniere. «Ein moslemisches Mädchen muss glaubhaft machen, dass sie das Kopftuch ohne Zwang trägt und dass sie dies aus religiöser Überzeugung tut», erklärt Crottogini. Dazu seien Abklärungen nötig mit den Eltern oder gar mit einem Imam.

Was sagt der Koran?

«In der Stadt St. Gallen ist das Tragen von Kopftüchern kein grosses Thema», findet auch Karin Winter-Dubs, SVP-Stadtparlamentarierin und Handelslehrerin. Während ihrer Lehrtätigkeit am kaufmännischen Berufs- und Weiterbildungszentrum habe sie beispielsweise noch nie eine junge Frau mit Kopftuch gesehen. Dass die Kopftuchfrage in anderen St. Galler Gemeinden



Bild: getty/Ulrich Baumgarten

In der Stadt St. Gallen müssen moslemische Mädchen glaubhaft machen, dass sie ihr Kopftuch ohne Zwang und aus religiöser Überzeugung tragen.

ein Streitpunkt ist, könne sie aber schon verstehen.

Ihrer Meinung nach müsste in der Debatte aber nicht die Frage «Verbot ja oder nein», sondern eine anderer Punkt im Zentrum stehen: «Es geht doch darum, ob das Kopftuch Kultur oder Religion ist. Ob der Koran das Tragen von Kopftüchern vorschreibt oder nicht.» Winter habe sich bei moslemischen Bekannten und auch bei Imamen umgefragt: «Die Meinungen sind unterschiedlich; es ist eine Interpretationsfrage», sagt sie. Da aber das Tragen von Kopftüchern nicht explizit vorgeschrieben sei, sei das Verboten derselben tendenziell wohl auch keine Verletzung der Religionsfreiheit, kommt Winter zum Schluss.

Grundsätzlich bevorzugt die SVP-Politikerin aber, dass von Fall zu Fall entschieden wird.

Darum findet sie, dass die Stadt mit ihrer Regelung einen gangbaren Weg gefunden hat.

Weisung beansprucht Lehrer

Dass die Regelung, die auch in der Stadt Wil ähnlich angewandt wird, funktioniert, kann Rolf Breu, Schulleiter des Oberstufenzentrums Schönau, bestätigen. Er sei froh, dass man sich auf eine Handhabe geeinigt habe. Dennoch gebe es auch mit dieser Weisung Schwierigkeiten: «Zum Beispiel, wenn eine Familie in ein anderes Quartier umgezogen ist und das Mädchen bei der neuen Schule auf einmal glaubhaft machen will, dass sie ein Kopftuch tragen möchte.» Die Lehrpersonen müssten viel Energie und Zeit für Abklärungen aufwenden. Er selber hätte deswegen auch schon mehrmals Male mit Imamen gesprochen.

Breu hätte lieber, wenn man «Farbe bekennen» und eine generelle Kleiderordnung einführen würde – was dann natürlich auch das Tragen von Kappis, Mützen und Militärhosen bei

Man müsste Farbe bekennen und eine generelle Ordnung einführen.

Rolf Breu
Schulleiter
Oberstufenzentrum Schönau

Buben sowie knappe Kleider bei Mädchen betreffen würde.

Fehlende Rechtsgrundlage

Ähnlicher Meinung ist Michael Hugentobler, CVP-Stadtparlamentarier und Sekundarlehrer an der Bubenflade. «Leh-

rer sollten sich nicht mit solchen Fragen herumschlagen müssen, sondern sich auf das Unterrichten der Kinder konzentrieren können», findet er. Ausserdem kämen Lehrer immer wieder in Situationen, in denen sie ohne rechtliche Grundlagen handeln müssten. Und sie müssten acht geben, dass sie nicht in die persönliche Freiheit der Kinder eingriffen: «Eine Lehrperson darf etwa einem Mädchen kein T-Shirt ausleihen, damit es sich dieses über sein knappes Oberbeil streifen kann.» Und würde der Lehrer das Kind nach Hause schicken, damit es sich umziehen kann, würde dieser seine Aufsichtspflicht verletzen. «Aus diesem Grund wäre es wohl besser, wir hätten zur Kleiderordnung in Schulen eine gesetzliche Grundlage», zieht Michael Hugentobler sein Fazit.

Juso reagiert mit Flashmob auf JSVP-Anliegen

ST. GALLEN. Die Junge SP will sich von der Jungen SVP nicht vorschreiben lassen, welche Kleidung genehm ist. Sie will heute Freitag um 18 Uhr mit einem Flashmob auf dem St. Galler Bärenplatz ein Zeichen setzen – in «unziemlicher» Kleidung, «möglichst freizügig», gleich «halbnackt» – oder auch mit Kopftuch. Danach werde man mit einem Transparent weiterziehen zum Bahnhof. Eine Bewilligung habe man für den Anlass nicht eingeholt, da es sich um eine spontane Aktion und nicht um eine Demonstration handle.

Angriff auf Selbstbestimmung

Das bringt Andrea Scheck auf die Palme: «Diese Idee ist ein Angriff auf die Selbstbestimmung, speziell jene von Frauen», sagt die Co-Präsidentin der Juso St. Gallen. Sie meint mit dieser Idee die Pläne von Mike Egger, St. Galler SVP-Kantonsrat und Präsident der JSVP St. Gallen. Der Jungpolitiker wollte im Grossen Rat mit einer Motion nicht nur islamische Kopftücher und T-Shirts mit links- oder rechts-extremen Sujets an der Volksschule verbieten, sondern gleich jegliche «unziemliche» Kleidung.

Darauf trat der Rat nicht ein, der parlamentarische Vorstoss wurde als nicht dringlich erklärt, aber eine Initiative gegen das Tragen von Kopftüchern wird die Junge SVP trotzdem lancieren. Die Junge SVP Kanton St. Gallen strebe kein «Miniröckli- und Hotpantsverbot» an Schulen an, hält Mike Egger fest.

«Absurde Forderung»

«Widerstand!», heisst es auf einer eigens gegründeten Facebook-Seite. «Die JSVP hat uns nicht vorzuschreiben, wie viel Kleidung zu wenig, genug oder zu viel ist. Ob und wie wir uns anziehen, entscheiden wir immer noch alleine!» Kommentare fehlen nicht auf der Seite: «Wenn ich nicht in München wäre, würde ich halbnackt kommen!» oder «Können wir das schweizweit machen?»

Auf Anfrage sagt Scheck, sie sei erstaunt, dass die Junge SVP mit einer solch absurden Forderung wie jener, das Tragen unziemlicher Kleidung zu verbieten, komme. «Den Angriff auf das Kopftuch konnte man ja voraussehen.» Empört ist Scheck jetzt hauptsächlich darüber, dass die lange erkämpfte Selbstbestimmung in Frage gestellt wird. «Es kann nicht sein, dass Frauen aufgrund ihrer Kleidung die Schuld zugeschoben wird, wenn Männer sich negativ verhalten. Dafür habe ich null Verständnis.»

Gegen Freiheitsrechte

«Um der Debatte einen ernsthaften Anstrich zu verpassen, werde die Kopftuch-Diskussion in der Motion nun auch auf andere Bekleidungsstücke und Symbole erweitert», halten die Jungfreisinnigen in einem Communiqué fest. «Wir stellen uns mit aller Vehemenz gegen eine Einschränkung verfassungsmässig verbriefter Freiheitsrechte», schreiben Präsident Christoph Graf und der Kommunikationsverantwortliche Simon Scherrer.

«Wir glauben, dass es bei diesem Vorstoss weniger um die Lösung eines tatsächlichen Problems geht, sondern darum, mit billiger Effekthascherei auf Stimmenfang zu gehen.» (chs)